

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Landbote. 1849-1934 1870**

73 (21.6.1870)

# Der Landbote.

## Localblatt

für den Amtsbezirk Sinsheim und Umgebung.

N<sup>o</sup> 73.

Erscheint 3mal wöchentlich,  
Dienstag, Donnerstag, Samstag.

Dienstag den 21. Juni

Einrückungsgebühr: die ein-  
spaltige Zeile 3 fr. 1870.

### ○ Nochmals die Arbeiterfrage.

In unserm ersten Artikel haben wir die naturgemäße Ent-  
stehung der heutigen Lage der Handarbeiter und die daraus her-  
vorragenden Gefahren dargelegt. Wie kann man nun diesen  
Gefahren entgegentreten?

Den für die Gesundheit schädlichen Einflüssen des engen  
Zusammenwohnens wird durch planmäßige Errichtung besonderer  
Arbeiterwohnungen, den geistigen und sittlichen Gefahren durch  
eine tüchtige Volksschule, durch Arbeiterbildungsvereine, ferner  
durch mannigfache spezielle Anordnungen begegnet. Zur Ver-  
schaffung wohlfeiler Nahrungsmittel dienen Konsumvereine; für  
Krankheitsfälle wie für das arbeitsunfähige Alter wird durch  
Versorgungskassen ein hilfloses Darben verhütet. Sparkassen  
und Kreditvereine geben dem Arbeiter Gelegenheit, seine Erspar-  
nisse sicher anzulegen, oder andererseits zu billigen Zinsen Geld  
zu entleihen. Dies Letztere ist besonders dann von Wichtigkeit,  
wenn der Arbeiter auf eigene Rechnung produzieren will. Auch  
zu diesem Zwecke aber wird sich das Zusammenwirken Mehrerer  
in einer auf Sammtverbindlichkeit fußenden Gemeinschaft als  
zweckmäßig erweisen; daher die Produktivgenossenschaften. —  
Pflicht des Staates ist es natürlich, all' dieser Vereinsthätigkeit  
niemals hindernd in den Weg zu treten, namentlich aber die  
vielfachen Chikanen, mit denen der alte Polizeistaat den Arbeiter  
in seiner Freizügigkeit, seiner Niederlassungsfreiheit u. s. w. be-  
lästigte, vollständig aus dem Wege zu räumen.

Das sind in kurzen Zügen die Mittel, mit welchen man  
in dem Lande, wo die moderne Großindustrie sich am ersten und  
bedeutendsten entwickelte, in England, den Schattenseiten entge-  
gentrat. Sie sind nicht erfunden durch philosophische Abstraktionen,  
sondern das konkrete Bedürfnis hat auf sie als die unmittelbar  
praktische Abhilfe hingedrängt. In Deutschland ist — haupt-  
sächlich durch das Verdienst von Schulze-Deleitzsch — bereits vor  
längeren Jahren der gleiche Weg eingeschlagen worden. Kaum  
aber begann bei uns die Arbeitervereinsthätigkeit in dieser Rich-  
tung etwas breiteren Boden zu fassen, als sie in ihrem Funda-  
mente angegriffen ward. Dies Fundament heißt: Selbsthilfe.  
Nicht durch Almosen, noch durch widerrechtlich erzwungene Bei-  
hilfe, sondern lediglich durch die eigene Kraft, durch das Zusam-  
menwirken der einzelnen Kräfte in Vereinen, soll der Arbeiter  
seine Lage verbessern. Dies Grundprinzip war es, dem der  
vielgenannte Lassalle entgegentrat, indem er die Möglichkeit, oder  
zum mindesten die Wirksamkeit einer derartigen Selbsthilfe be-  
stritt. Ausgehend von dem bekannten volkswirtschaftlichen Axiom,  
daß der Preis durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage  
bestimmt wird, proklamirte er als ein „ehernes und unabänder-  
liches Naturgesetz“, daß der Arbeitslohn dauernd niemals den  
Betrag übersteige, welcher zur Bestreitung der absolut notwen-  
digen Lebensbedürfnisse des Arbeiters erforderlich sei. Zu sparen  
sei also der Arbeiter ganz und gar nicht im Stande. Demnach  
werde er weder für Krankheitsfälle und für das Alter etwas  
zurücklegen, noch auch Kapital zu eignen Unternehmungen ansam-  
meln können. Nur dadurch aber, daß der Arbeiter des „enormen“  
Unternehmergewinnes theilhaftig werde, lasse sich seine Lage von  
Grund aus und entscheidend verbessern. Auf dem Wege der  
Selbsthilfe sei also nichts anzufangen, es müsse die Staats-  
hilfe gefordert werden.

Lassalle war nicht der Erste, welcher diese Forderung in die  
Welt brachte; nur seine Begründung derselben war neu. In-  
deß, jenes „eherne und unabänderliche Naturgesetz“ kann sich  
offenbar nur auf denjenigen Lohn beziehen, welcher für die aller-  
einfachste Tagelöhnerarbeit gezahlt wird. Jede Thätigkeit, welche  
einer besondern Erlernung bedarf, muß selbstverständlich höher

belohnt werden. Alle Fabrikarbeiter also, die das Niveau des  
gewöhnlichen Tagelöhners überschreiten, fallen schon nicht mehr  
unter jenes Gesetz, können also sparen. Ferner aber liegt es  
auf der Hand, daß der gewöhnliche Tagelohn zur Bestreitung der  
nothwendigen Lebensbedürfnisse nicht des Arbeiters allein, son-  
derjenigen einer Arbeiterfamilie, bestehend aus Mann, Frau  
und mindestens zwei Kindern, hinreichen muß. Denn sonst würde  
die Gattung nicht fortbestehen können; was zu verhüten selbst-  
verständlich das eigenste Interesse des Arbeitgebers ist. Da er-  
hellte nun leicht, daß ein gewöhnlicher Fabrikarbeiter, wenn er,  
statt, wie das nur allzu häufig vorkommt, im 20. Jahre, sich  
erst im 30. verheirathen würde, diese ganze Zeit hindurch den  
vollen Betrag ersparen könnte, den sein verheiratheter Arbeits-  
genosse für seine Familie ausgeben muß. Somit ergibt sich auch  
für die unterste Stufe der Arbeiter eine Möglichkeit, durch die  
eigene sittliche Kraft ihre Lage zu verbessern, und die entgegen-  
stehende Lassallesche Behauptung ist widerlegt.

Ein Anderes freilich ist es, wenn gesagt wird, daß der Ar-  
beiter nicht im Stande sei, sich aus eigener Kraft das Kapital  
zu Selbstunternehmungen zu verschaffen. Wenigstens nicht  
alle Arbeiter sind dazu im Stande. Aber mit welchem Rechte  
kann daraus gefolgert werden, daß nun der Staat verpflichtet  
sei, den Arbeitern dieses Kapital zu liefern? Ein solcher An-  
spruch an den Staat könnte offenbar nur dann erhoben werden,  
wenn derselbe die Forderungen zuvor benachtheiligt hätte und nun  
zur Entschädigung veranlaßt würde. Davon ist aber nirgends  
eine Spur zu erblicken. Der Staat hat nichts gethan, als für  
Alle gleiches Recht gewährt; aber ist es seine Schuld, daß unter  
dem Schutze dieses gleichen Rechtes die wohlhabendere Klasse  
mit Hilfe der technischen Erfindungen sich zum Herrn der indu-  
striellen Produktion gemacht hat?

Weder Lassalle noch seine Jünger vermögen diesen Einwen-  
dungen eine vernünftige Antwort entgegenzuhalten. Es ist immer  
nur eine neue Verbrämung der alten französischen Phrasen von  
dem „Recht zu leben“, dem „Recht auf Arbeit“, von der „ent-  
erbten Klasse der Gesellschaft“ u. dgl. mehr, womit sie ihre For-  
derungen zu begründen suchen. Freilich, Lassalle that sich etwas  
darauf zu gut, nur ein Vorgehen streng auf dem Boden des Ge-  
setzes zu befürworten. Die Arbeiter sollen sich vermittelst des  
allgemeinen Wahlrechts die Oberhand in der Gesetzgebung ver-  
schaffen und dann die Staatshilfe dekretiren. Aber der Staat  
würde diese Hilfe doch nur leisten können aus den Taschen seiner  
Kapital besitzenden Bürger, und da diese sich einen solchen Ein-  
griff in ihr Eigenthum schwerlich gutwillig würden gefallen lassen,  
so würden die Ziele jener Herren nur erreicht werden können  
durch die blutigste Revolution. In der That hat denn auch die-  
jenige Abzweigung der durch Lassalle in Deutschland geschaffenen  
Sozialdemokratie, welche neulich in Stuttgart ihren Kongreß ge-  
halten, ziemlich unverhüllt die Revolution als ihr nächstes Ziel  
proklamirt. Hr. Liebknecht verkündete, daß es endlich Zeit sei,  
die rothe Fahne offen zu entfalten und Hr. Bebel bewies, daß,  
um das sozialdemokratische Programm vollständig zu machen,  
auch die ländliche Produktion in den Bereich desselben gezo-  
gen, daß der gesammte Grundbesitz vom Staate okkupirt und  
von diesem an wissenschaftlich gebildete Ackerbaugesellschaften ver-  
pachtet werden müsse.

Es wäre mehr als überflüssig auf die Monstrositäten der  
socialdemokratischen Theorie näher einzugehen. Es ist immer  
das alte Hirngespinnst von den goldenen Tagen der Güterge-  
meinschaft. Ernst Beachtung verdienen solche Bestrebungen nur  
dann, wenn sie wirklich gefährlich werden. Einstweilen aber,  
so lange noch etliche vier socialdemokratische Parteien sich unter

einander mit Hilfe des Mittels und neuerdings auch des Messers den ächten Sieg streitig machen, hat es damit noch gute Wege. Auch die praktischpolitische Seite des Stuttgarter Congresses, seine Verschwörungen gegen Preußen und das nationale Einigungswerk, schreckt uns gar nicht: statt dessen überlassen wir es Hrn. Karl Mayer und dem Mannheimer Anzeiger, darüber nachzudenken, welcher Natur etwa die Republik sein wird, die sie mit ihren liebwürthen Freunden Bebel und Liebknecht zu errichten gedenken.

Mag immer diese socialdemokratische Bewegung noch eine geraume Zeit ihren wüsten Staub aufwirbeln, der gesunde Sinn der Mehrheit der Arbeiter wird sich dadurch nicht verwirren, die humanen Bestrebungen der wahren Arbeiterfreunde werden sich dadurch nicht lähmen lassen. Der Staat hat durch eine freisinnige Gesetzgebung dem Arbeiter die Bahn vollständig frei gemacht; an den Arbeitern ist es nun, diese Freiheit geistig zu benutzen. Alle Welt weiß, daß die auf dem Princip der Selbsthilfe fußende Vereinsthätigkeit die segensreichsten Folgen bewirkt hat; es kann nicht ausbleiben, daß mit der wachsenden Bildung und Uebung der Betheiligten der glückliche Erfolg sich immer mehr steigern wird. Und so ist kein Zweifel, daß, wenn diese Thätigkeit immerfort auf ihre klar abgegrenzte Aufgabe gerichtet bleibt und sich nicht durch politische Nebenwede abziehen läßt, ihr schließlich der volle Sieg über die entgegenstehenden Bestrebungen bleiben wird.

### Tagesgeschichte.

Karlsruhe, 14. Juni. Der Großherzog gedenkt dem Vernehmen nach schon in den nächsten Tagen wieder eine kleine Reise in einen Theil der oberen Landesgegenden anzutreten, die von ihm neuerlich nicht berührt wurden.

Karlsruhe, 17. Juni. Das gestern erschienene Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 41 enthält die Militärstrafgerichtsordnung.

Heidelberg, 16. Juni. Ueber den Stuttgarter Arbeiterkongress ein offenes Wort zu reden, findet sich jetzt auch die „Demokratische Korrespondenz“ bereit. Sie sagt jetzt genau dasselbe, was national-liberale Zeitungen schon seit Jahren über die Lage der Arbeiterfrage geschrieben haben. Freilich kommt die „D. K.“ sehr spät zur Einsicht, hatte sie doch noch nicht bis vor Kurzem gehofft, die Arbeiter ihren Parteizwecken dienstbar zu machen. Da aber diese von Bourgeois-Demokratie nichts wissen will, so erhalten sie jetzt einen Tritt. Der Mehr will seine Schuldigkeit nicht thun. (W. J.)

Mannheim, 16. Juni. Auswärtigen Vernehmen nach gedenkt man auch in Baden dem Beispiele Bayerns in Einführung der Korrespondenzkarten nach den gleichen Grundsätzen wie im norddeutschen Bunde zu folgen. Man darf sich billig darüber wundern, daß diese so wesentliche und leicht einzuführende Verbesserung in unserem Verkehrsweisen nicht bereits auch bei uns ins Leben getreten ist.

Der in Stuttgart vor wenig Tagen abgehaltene socialdemokratische Kongress hat unter Andern auch mit der Grund- und Bodenfrage sich beschäftigt und jene Resolution angenommen, welche die Abschaffung des privaten Grundeigentums als das Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung hinstellt. Die Resolution selbst lautet: „In Erwägung, daß die Erfordernisse der Production und die Anwendung der Gesetze der Agronomie den Großbetrieb beim Ackerbau erheischen, und daß im Allgemeinen die moderne ökonomische Entwicklung den Großbetrieb im Ackerbau erstrebt; in Erwägung, daß demgemäß im Ackerbau wie bei der Großindustrie die allmähliche Verdrängung der kleinen und mittleren Eigentümer durch die Großbesitzer vor sich geht, das Elend und das Abhängigkeitsverhältniß der weitaus größten Mehrzahl der Ackerbaubevölkerung zu Gunsten einer kleinen Minorität stetig zunimmt; in Erwägung, daß die productiven Eigenschaften des Bodens das Urmaterial aller brauchbaren Dinge, die keine Arbeit erheischen, spricht der Kongress die Ansicht aus, daß die ökonomische Entwicklung der modernen Gesellschaft es zu einer gesellschaftlichen Nothwendigkeit machen wird, das Ackerland in gemeinschaftliches Eigenthum zu verwandeln und den Boden von Staatswegen an Ackerbau-Genossenschaften zu verpachten, welche verpflichtet sind, Ackerland in wissenschaftlicher Weise anzubauen und den Ertrag ihrer Arbeit nach kontraktlich geregelter Uebereinkunft unter den Genossenschaftlern zu vertheilen. Um die vernünftige und wissenschaftliche Ausbeutung des Grund und Bodens zu ermöglichen, hat der Staat die Pflicht, durch Einrichtung entsprechender

Bildungs-Anstalten die nöthigen Kenntnisse unter der ackerbau-treibenden Bevölkerung zu verbreiten.“ Als Uebergangsstadium von der Privatwirthschaft fordert der Kongress, mit den Staatsdomänen, Chatoullengütern, den Fideicommissen, Kirchengütern, Gemeinde-Ländereien, Bergwerke, Eisenbahnen etc. zu beginnen.“ — Der Kongress der Sozialdemokraten, seine Beschlüsse und die obligaten Reiterien haben in Stadt und Land eine Aufregung verursacht, die noch immer im Wachsen ist. Eine Menge von Leuten, welche die Geschichte von Arbeiterbewegungen bisher mit eben dem schauerlichen Vergnügen lasen, wie die Erzählung, daß „hinten weit in der Türkei die Völker aufeinander geschlagen“, sehen sich auf einmal einer Gefahr gegenüber, die unmittelbar an sie heranrückt. In allen Zeitungen des Landes bis in das Amtelatt des abgelegensten Bezirkes ertönt die Entrüstung über die Annahmen der Klassenherrschaft und den Wahnsinn der Vertheilung des Grundbesitzes.

Zugenheim, 17. Juni. Dem Vernehmen nach ist Kaiser Alexander von seinem hiesigen Aufenthalt sehr befriedigt und hat für nächstes Jahr einen längeren Besuch der Kaiserin in Aussicht gestellt. Die Abreise nach Stuttgart erfolgt, nach endgiltig getroffener Bestimmung, am 20. d. Morgens 9 Uhr.

Berlin, 15. Juni. Der Kommandeur der 2. Division, Generalleutnant von Hartmann, ist aus Danzig hier eingetroffen. Binnen Kurzem reist derselbe nach Karlsruhe weiter, um auf Antrag der groß badischen Regierung im Auftrage des Königs die badischen Kavallerieregimenter zu inspizieren. — Nach Mittheilungen aus Paris soll die französische Regierung weit davon entfernt sein, der Interpellation über die St. Gotthardbahn eine politische Bedeutung oder Richtung im Sinne der Antragsteller zu geben. Die Pariser Blätter, welche diese Frage in agitatorischer Weise ausbeuten, werden mit Unrecht von einem Theil der deutschen Presse als ministerielle oder offiziöse Organe bezeichnet. Angeregt ist die ganze Frage hauptsächlich von Interessenten der Simplontlinie, die ihr Projekt durch ein Konkurrenzunternehmen bedroht sehen. — Die „Prov. Korresp.“ schreibt: Das Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund ist bereits im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Beachtenswerthe Mittheilungen aus Süddeutschland lassen erkennen, einen wie bedeutenden und günstigen Eindruck das Zustandekommen dieser Gesetzesform auch in den dortigen rechtkundigen Kreisen gemacht hat.

Die „Weser-Ztg.“ schreibt: „Die „N. N. Z.“ gibt sich heute Abend die Mühe, aus der Rede des Grafen Bismarck über die Gotthardbahn den Nachweis zu führen, daß der Bundeskanzler sich des Ausdruckes, die Gotthardbahn werde eine strategische Linie bilden zwischen Norddeutschland und Italien, nicht bedient hat. Auf diesen Ausdruck wird indessen schwerlich das Hauptgewicht zu legen sein. Graf Bismarck hat in ziemlich unumwundener Weise die politische Bedeutung einer direkten Verbindung zwischen Deutschland und Italien durch ein neutrales Gebiet hervorgehoben, und das ist es, was jenseits des Rheines Anstoß erregt hat. Daß die Neutralität der Schweiz nicht angetastet werden soll, ist ja selbstverständlich; in dem Augenblicke aber, wo die politische Bedeutung der Gotthardbahn für Deutschland und Italien praktischen Werth haben soll, müssen Verhältnisse eingetreten sei, welche die Neutralität der Schweiz überhaupt illusorisch machen.“

Berlin, 16. Juni. Auf Grund von Vorschlägen der gemischten Deputation, welche im Auftrage der städtischen Kollegien die Frage wegen der Vertheilungsart der hiesigen Gemeinde an der Säcularfeier des Geburtstages weiland Königs Friedrich Wilhelm III. in Erwägung zu ziehen hatte, sind vom Magistrat an die Stadtverordneten-Versammlung mehrere Anträge gerichtet worden. Infolge derselben wollen die Gemeindebehörden am 3. August Abends die Königl. Majestät und die Mitglieder des Könighauses, sowie die Spitzen der Behörden und die vom König zu der Feier geladenen Vertreter von Korporationen etc. in den Räumen des neuen Rathhauses festlich empfangen und bewirthen. Zu diesem Feste sollen 30,000 Thlr. bestimmt werden. Weitere 5000 Thlr. will man zur Erleichterung der städtischen Gebäude verwenden. Außerdem wird beantragt, ein Kapital von 100,000 Thlrn. unter dem Namen „Friedrich-Wilhelm-Stiftung“ zur Förderung der Zwecke des deutschen Gewerbemuseums anzusetzen.

Berlin, 16. Juni. Wie verlautet, soll für die zum Herbst in Preußen bevorstehenden Wahlen die Einrichtung getroffen werden, das Ergebniß derselben sofort auf telegraphischem Wege nach Berlin zu melden. Um das Meldungsver-

fahren möglichst zu beschleunigen, werden an die Wahlkommis- säre Schemata vertheilt, in welchen nur die betreffenden Rubri- ken mit kurzen Notizen auszufüllen sind. Die ausgefüllten Schemata kommen unverweilt an die Telegraphenstationen, welche lediglich die in die Rubriken eingetragenen Angaben zu telegra- phiren haben. Zur Vermeidung von Verwirrungen und Mißver- ständnissen gehen die Meldungen aus den einzelnen Provinzen zunächst an bestimmte provinzielle Centralstationen. Von die- sen werden sie telegraphisch nach Berlin weiter befördert. Aus den hier vorhandenen Duplikaten der Schemata läßt sich dann mit Leichtigkeit der den kurzen Notizen fehlende Zusammenhang ergänzen.

Die preussische „Provinzialkorrespondenz“ vom 15. bringt einen längeren Artikel über die Bundesverfassung und das Bun- desheer. Die „Prov. Korr.“ konstatirt zunächst die verfassungsmäßig dauernden Grundlagen des Heerwesens: allgemeine Wehr- pflicht, dreijährige Dienstzeit und Zahlung von 225 Thlr. pro Kopf der Friedensstärke bis zum 31. Dezember 1871, nach welchem Zeitpunkte die Ausgaben für das Heer alljährlich durch das Bundeshaushaltsgesetz festgestellt werden sollen, wobei nach anerkannter Bestimmung der Verfassung die feststehende Heeres- organisation zu Grunde gelegt werden müsse. Daß die ange- gebenen Grundlagen durch Mitwirkung des Reichstages erschüt- tert werden könnten, sagt sodann das Blatt, sei unbedingt aus- geschlossen. Die Regierung werde jede mit dieser Grundlage vereinbare Sparsamkeit obwalten lassen, wer jedoch dem Volke verkünde, daß nach dem 31. Dezember 1871 eine wesentliche Herabsetzung der Friedensstärke und eine erhebliche Verminde- rung der Ausgaben für das Heer ohne Gefährdung der Wehr- haftigkeit thunlich sei, der betrüge das Volk und erschüttere und verwirre verfassungsmäßig geordnete Zustände.

Ueber das Projekt einer Reise des Grafen Bismarck nach England bringt das in Paris erscheinende „Centre Gauche“ folgende Andeutungen: „Die Anwesenheit des Grafen Bismarck in England wird von dem britischen Minister des Aeußeren, Lord Clarendon, lebhaft gewünscht. Graf Bismarck wird auch sicher hingehen, zunächst um im britischen Ocean seine Gesund- heit zu kräftigen. Aber handelt es sich blos um Seebäder? Wir können entschieden das Gegentheil behaupten. Schon lange verwendet sich das Cabinet von St. James bei dem in Berlin, damit letzteres den dänischen Forderungen endlich gerecht werde und den betreffenden Artikel des Prager Friedens ehrlich und vollständig zur Ausführung bringe. Ohne Furcht vor einem Dementi kann man sagen, daß Lord Loftus, der englische Bot- schafter in Berlin, nie aufgehört hat die Schritte des Herrn v. Quaade, des an demselben Hof beglaubigten dänischen Gesand- ten, zu unterstützen. Von anderer Seite wissen wir, daß die beiden dänischen Prinzessinnen, die an den Prinzen von Wal- les und die an den Großfürsten-Thronfolger von Rußland „verheirathete, Alles daransetzen, ihr Vaterland von den Gefah- ren, die es bedrohen, zu retten, und schon mehr als einmal hat die Schwiegertochter der Königin Victoria sich an Lord Clarendon gewendet, um ihn für die Sache ihres Vaters, des Königs von Dänemark zu gewinnen. Man wünscht daher in London nichts sehnlicher, als mit Preußen über diesen nicht enden wollenden Konflikt ins Reine zu kommen und, wenn nicht eine befriedigende Lösung, so doch mindestens eine definit- tive Erklärung zu erlangen.“

Paris, 15. Juni. Das linke Centrum hielt gestern um 8 Uhr Abends eine Versammlung im „Grand Hotel“ ab. An- wesend waren im Ganzen 28 Deputirte. Man beschäftigte sich zuerst mit der St. Gotthardfrage. Daru Estancelin, de Barante und Latour-Dumoulion ergriffen das Wort, worauf die Ver- sammlung folgenden Beschluß faßte: „Die Versammlung wird energisch, daß die von Preußen eingegangenen Verträge respectirt werden, aber sie will nicht, daß man dem Bau der St. Gotthard- bahn Opposition mache. Dagegen ist sie der Ansicht, daß man derselben gegenüber die nämliche Haltung einnehme, wie das preussische Cabinet der St. Gotthardbahn gegenüber.“

In den letzten Tagen gingen Gerüchte von einer aberma- ligen schweren Erkrankung Napoleons III. Das „Journ. officiel“ meldet jedoch, daß der Kaiser am 15. den Vorsitz im Minister- rath geführt habe.

Die Repräsentanten der französischen Departementalpresse, welche ihre Sitzung im Grand Hotel zu Paris abhielten, haben mit Einstimmigkeit das ministerielle Projekt des Zeitungsstem- pels zurückgewiesen. Sie beschloßen zugleich, Schritte beim Ministerium zu thun, um Folgendes zu erlangen: 1) Vollstän-

dige Abschaffung des Zeitungsstempels; 2) Aufgeben der Erhe- bung einer Abgabe auf die Annoncen; 3) als Compensation für den Staatschatz die Erhebung von einem Centime Post- porto für die Journale, welche in ihrem Departement, von zwei Centimes für die, welche in den angrenzenden Departe- ments, und von sechs Centimes für die, welche in den übrigen Departements ausgegeben werden.

Paris, 16. Juni. Ich habe heute eine Reihe von Be- richten aus sämtlichen Bezenden von Frankreich gelesen, und es geht aus denselben hervor, daß die Ernte nur theilweise ganz schlecht ausfallen dürfte. — Die Meinungen über das Bestehen des Kaisers lauten heute wenig günstig, wenn auch nicht unmit- telbar beunruhigend.

St. Petersburg, 14. Juni. Wie russische Blätter mel- den, wird vom Petersburger Slawenkomitee zum Todestage des czechischen Glaubenszeugen Hus ein allgemeines Slavenfest vor- bereitet, das in Ostrog in Wolhynien gefeiert und zu dem Ver- treter aller slawischen Stämme eingeladen werden sollen.

Konstantinopel, 15. Juni. Bis jetzt wurden 25000 Pfd. St. für die Abgebrannten gezeichnet; 15000 Familien sind nahrungs- und obdachlos geworden, fortwährend werden noch Leichen aus dem Schutte gezogen. Der Schaden beträgt bei- läufig vier Mill. Pfund Sterling. Versichert sind nur 150,000 Pfd. St.

Washington, 14. Juni. Eine Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten an den Kongreß spricht sich über die Stellung aus, welche die Insurgenten in Cuba einnehmen. Sie bezeichnet die Kampfführung auf beiden Seiten als eine bar- barische. Dem Verlangen der Cubaner Insurgenten gegenüber, durch die Vermittlung der Vereinigten Staaten, die Anerkennung als kriegsführende Partei zu erlangen, erklärt der Präsident, die Feindseligkeiten auf Cuba seien nicht als Krieg im interna- tionalen Sinne zu betrachten.

### Verschiedenes.

Heidelberg, 17. Juni. Dr. n. Hofrath Professor Dr. Kirchhoff ist der Charakter als Geheimrath verliehen worden.

— Mannheim, 15. Juni. In den Schwurgerichts- sitzungen des 2. Quartals 1870 kommen folgende Anklagen zur Verhandlung: 1) Philipp Vaner von Zugenheim und Karl An- gust Trübner von Dorfsulza wegen gefährlichen Diebstahls. 2) Gegen Jakob Mainzer von Teutschneureuth wegen Anzucht mit einem Kinde. 3) Gegen Johann Volk von Eppelheim wegen Fälschung öffentlicher Urkunden. 4) Gegen Heinrich Rechner von Aglasterhausen wegen Meineid. 5) Gegen G. Michael Röll von Seckenheim, wegen Majestätsbeleidigung. 6) Gegen Peter Pfisterer und Joh. Phil. Pfisterer H. von Eppelheim, wegen Diebstahl, Georg Phil. Pfisterer, deren Vater, dessen Ehefrau Elisabeth geb. Reigler, die Ehefrau des Joh. Phil. Pfisterer H., Elisabeth geb. Niehle, sämtlich von Eppelheim, wegen Begün- stigung. 7) Gegen Jakob Stoll von Reunkirchen wegen Ma- jestätsbeleidigung. 8) Gegen Philipp Greulich von Haag, wegen Brandstiftung.

— Kehl, 14. Juni. Gestern wüthete ein heftiger Brand in dem benachbarten Strazburg, welcher des Nachts um 3 Uhr ausgebrochen war und erst am folgenden Tag, Nachmittags 4 Uhr, bewältigt wurde. Es brannte in der Behausung des be- kannten Parquetbodenfabrikanten Vumer, in dessen Werkstätte das Feuer ausgebrochen sein soll. Die vielen und großen Holz- vorräthe und die fertigen Waaren gaben dem Feuer Nahrung, so daß die Flamme hoch emporstieg; das Haus selbst brannte gänzlich nieder und 4—5 benachbarte Häuser sind mehr oder minder beschädigt. (Schw. W.)

— Als Beispiel, welche Mittel Seitens der Opposition bei der bevorstehenden Bürgermeisterwahl in Constanz zur Einschüch- terung angewendet werden, bringt die „Const. Ztg.“ folgende Notiz: Ein Gasthofbesitzer, der ganz entgegen seinen eigenen Interessen aus kleinem Haß gegen Stromeyer arbeitet, that im Gefühl seiner Machtlosigkeit die Aeußerung: Kein Bäcker oder Metzger, der den Aufruf für Stromeyer unterzeichnet, werde von ihm noch einen Kreuzer lösen. Sofort ließ ihm der für Stro- meyer wirkende Inhaber einer der ersten dortigen Firmen sagen: Wenn diese Drohung wahr werde, dann werde von ihm und seinen Collegen kein Reisender, der in dem betreffenden Gasthof logire, mehr den geringsten Auftrag erhalten. Ferner wurde dem Antiquar Bannhard, der den Aufruf für Stromeyer unter-

schrieben, von seinem Vermieter Hr. Kreuzer alt (ultramontan) der Laden gekündigt. Bei dem in Constanz herrschenden Mangel an Verkaufslocalen kommt diese Kündigung einem brüskten Auf-die-Straße-Setzen gleich; das ist in der That eine handgreifliche Probe davon, wie die Gegenpartei die Wahlfreiheit und die vielberühmte Gleichberechtigung der Bürger versteht. So muß es aber kommen, um den Wählern die Augen zu öffnen. Uebrigens wird die liberale Partei fest zu ihren Leuten stehen und diese daher nichts zu befürchten haben. Geschäftsbeeinträchtigungen durch die Opposition wolle man zur Sprache bringen und es wird alsdann an Repressalien nicht fehlen. Man wird auf Seiten der Opposition übrigens bereits erkannt haben, daß man sich auf eine falsche Bahn begeben hat; denn wollte die liberale Partei, zu welcher die wohlhabendsten Einwohner und größten Geschäftsleute gehören,

solche Maximen anwenden, so würden die Anhänger der Opposition am Empfindlichsten gestraft sein. — Dem Vernehmen nach wird gr. Kriegsministerium auch in diesem Sommer — vom 3. Juli bis 3. August — größere Beurlaubungen von Soldaten, und zwar 20 Mann per Compagnie, eintreten lassen.

— Mit der letzten amerikanischen Post wird der in Baltimore erfolgte Tod von Jerome Napoleon Bonaparte, Neffen Napoleon des Großen und Sohn des Königs von Westphalen (aus dessen erster Ehe), gemeldet. Der Verstorbene war 64 Jahre alt und wird von seiner 90jährigen Mutter, die in Baltimore ansässig ist, überlebt.

— München, 15. Juni. Vom 1. Juli an werden auch in Bayern Korrespondenzkarten à 3 kr. für den Verkehr im deutschen Postgebiete und à 1 kr. für den Verkehr im Stadt- oder Landpost-Gebiete eingeführt.

## Bürgermeisterwahl

wird im Rathhause zu Sinsheim am **Samstag den 25. d. Mts.** durch großherzogl. Bezirks-Amt dahier vorgenommen.

Die Wahlberechtigten werden hierzu mit dem Anfügen eingeladen, daß das Wahlrecht in Person durch verdeckte Stimmzettel von weißem Papier ohne Unterschrift ausgeübt wird, und die Abstimmung von vormittags 8 bis Mittags 12 Uhr und Nachmittags 2 bis 3 Uhr zu geschehen hat.

Das Nähere besagt der Anschlag an der Verkündigungstafel. Sinsheim, den 20. Juni 1870.

Gemeinderath:  
Heiß.

[455]

Lang.

## Bekanntmachung.

Obstbaumzucht betreffend.

[452] Nr. 65. Der landw. Bezirksverein Sinsheim setzt für Teilnehmer an dem am **4. Juli 1. J.** beginnenden Obstbaulehrkurs in der Gr. landw. Gartenbauschule in Karlsruhe die Summe von 60 fl. aus, welche in Beträgen von 20—25 fl. an geeignete Besucher verabreicht werden soll.

Ausfragende Bewerber wollen sich alsbald bei der Direktion des Vereins mündlich oder schriftlich melden.

Sinsheim, den 16. Juni 1870.

Die Direktion.

## Deutschlands Kunstschätze.

Die hervorragendsten Bilder aus unseren bedeutendsten Gallerien in Stahl gestochen nebst Portraits der Meister in Xylographie. Novellistischen Text von Dr. Adolph Göring, Biographien von Prof. Dr. Alfr. Weltmann und Dr. Fr. Meyer. Erscheint in Heften, von denen jedes 3 Stahlstiche und 1 Xylographie enthält.

Preis pro Heft 7½ Sgr.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes.

## Die beliebten Karlsruher

## Fahrpläne in Taschenformat

der Großh. Badischen Eisenbahnen, sowie der anschließenden Bahnen Süd West-Deutschlands, Frankreichs und der Schweiz, mit den Post- und Dampfboot-Verbindungen und einem Eisenbahn-Uebersichtskärtchen für den Sommerdienst 1870, sowie Fahrplänchen für die Bahnstrecke Heidelberg Karlsruhe sind zu haben in der Buchdruckerei von G. Becker (vormals D. Pfisterer) in Sinsheim.



## Erntewein

in bester reingehaltener Qualität die Ohm von fl. 18 & 20 an empfiehlt die Weinhandlung von **J. F. Menzer, Neckargemünd.** [433]

## Rosenblätter,

frische, kauft das A zu 4 kr.

[451]

Carl-Fischer.

## Bei Mary zum Pfälzer Hof

reinen Apfelwein, sowie guten Wein über die Straße zu 14 kr. pr. Maas und Mandesackerer zu 6 kr. pr. Schoppen, in größeren Quantitäten bedeutend billiger. [443]

## Bohnenstecken

bei Carl-Fischer in Sinsheim.

## [454] Rohrbach Amt Sinsheim. Bauarbeiten=Vergebung.

Die israelitische Gemeinde Rohrbach beabsichtigt an ihrer Synagoge verschiedene Reparaturen vornehmen zu lassen und sind die Bauarbeiten folgend veranschlagt:

1) Maurerarbeit	201 fl. 40 kr.
2) Schreinerarbeit	379 fl. 21 kr.
3) Schlosserarbeit	125 fl. 56 kr.
4) Glaserarbeit	7 fl. —
5) Tüncherarbeit	222 fl. 47 kr.
6) Abtritt	125 fl. —
<b>Summa</b>	<b>1061 fl. 44 kr.</b>

Die Vergebung dieser Arbeiten mittelst öffentlicher Versteigerung findet

Freitag den 1. Juli d. J.,

Morgens 9 Uhr,

im hiesigen Rathhause statt und liegen Pläne und Bedingungen bei dem Synagogenrath zur Einsicht bereit.

Rohrbach, den 20. Juni 1870.

Synagogenrath:

Gustav Würzburger.



## Sinsheim.

[442] Unterzeichnet empfiehlt sein

## Wein Lager,

in Rhein-, Main- und badischen Oberländer Weinen bestehend, sowie einen guten Erntewein zu billigem Preis.

Carl Betsch zur Sonne.

## „Schweizer Wochenblatt“

(Badische Hopfenzeitung)

bringt während der Hopfensaison wie seit Jahren zuverlässige Originalberichte und Telegramme über den Stand der Ernte und den Gang des Hopfengeschäfts. — Abonnementspreis pro Quartal 36 kr. ohne Postzuschlag.

Schweizer.

Die Expedition.

## Salatöl

fein in Geschmack,

## Weinessig

gelb und roth

in vorzüglichen Qualitäten und zu niederen Preisen bei

[429]

Ernst Jac. Stuhmann.

## Strohhiite

in schönster Auswahl empfiehlt

[315]

Theodor Hoffmann.